Nummer 511

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag. Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 6 Milliarden Mk. 69. Jahrgang Freitag, 2. November 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

Die Verhandlungen des Kanzlers

mit den politischen Führern haben heute vormittag begonnen. Um 11 Uhr fand die Besprechung mit den bürgerlichen Vertretern der Koalition statt, um 12 Uhr folgte eine Kabinettssitzung.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion soll erfolgen, sobald das Ergebnis der Kabinettsberatung vorliegt und die Fraktion den Bericht ihrer Führer erhalten hat.

Sollte, wie der „Vorwärts" vermutet, die Koalition auseinanderbrechen, so würde auch in Preußen mit dem Zerfall der Koalition zu rechnen sein.

Ob es zutrifft, daß Dr. Stresemann auch an der Spitze eines neuen Reichskabinetts ohne Sozialisten bleiben würde, wird wohl wesentlich von ihm selbst abhängen. Angebracht wäre sein Verbleiben an der Spitze. Denn er hat unseres Erachtens zweifellos das Richtige gewollt und es nur unter der sozialistischen Belastung nicht durchführen können. Auch die Deutschnationalen dürften das nicht bestreiten. Für die bürgerliche Linke wäre Stresemanns Verbleiben sicher ein Umstand, der ihr den Verzicht auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie erleichtern würde.

Reichstagssitzung erst am Mittwoch.

Die für Dienstag, 6. November, in Aussicht genommene Reichstagssitzung muß auf Mittwoch, 7. November, vertagt werden, da am Dienstag, 6. November, in Barmen der Rheinische Provinziallandtag tagt und alle rheinischen Abgeordneten zu dieser Tagung eingeladen hat. Bei der Wichtigkeit dieser Veranstaltung ist auf sie Rücksicht genommen worden.

*

Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags für Montag nachmittag bleibt aufrecht erhalten.

Die Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie.

„Allem Anschein nach treiben die Dinge zum Bruch." Mit diesen Worten beginnt der „Vorwärts" seine heutigen Ausführungen, die abermals beweisen, daß die Dinge bei einer sozialdemokratischen Einstellung, wie sie aus dem Führerorgan der V. S. P. D. spricht, zum Bruch allerdings reif sind. Den drohenden Hinweis auf die Tatsache, daß ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz seines Fundaments beraubt ist, stellt das Blatt in den Mittelpunkt seiner Betrachtung, die es, bis zum Ende das Leitmotiv der Drohung beibehaltend, ausklingen läßt in der Feststellung, daß die Sozialdemokratie, ob in der Regierung oder außerhalb der Regierung stehend, nicht aufhören werde, für ihre bekannten, dem Kanzler überreichten Forderungen zu kämpfen. Der „Vorwärts" verspricht, daß die Forderungen durchgesetzt werden: „Ob als Regierungs- oder Oppositionspartei — so oder so steht sie jetzt im schärfsten Kampf."

Es ist gut, daß die Klarheit darüber geschaffen ist: auf jeden Fall steht die Sozialdemokratie im Kampf gegen rechts. Statt „Mitarbeit" „Kampf". Statt Zuverlässigkeit ein Zustand, der schon weit jenseits des labilen Zustandes der Unzuverlässigkeit sich befindet. Das Tischtuch ist zerschnitten.

Daß die Sozialdemokratie nicht durch Einwirkung von außen, von rechts, in ihre jetzige Kampfstellung gedrängt ist, wie ihre Organe zu behaupten pflegen, wird durch immer neue Beweise gestützt, die für ihre instinktive Neigung nach links sprechen, und die dieses Liebäugeln mit den Kommunisten umso verwerflicher erscheinen lassen, als der „Vorwärts" ja selbst in diesen Tagen mehrfach Enthüllungen gebracht hat, die das kommunistische Streben nach blutiger Diktatur ganz klar erweisen. Während gestern noch der „Vorwärts" heftig ablehnend Einzelheiten über militärische Vorbereitungen der Kommunisten zum Bürgerkrieg brachte, veröffentlicht er heute eine Mitteilung des Abg. Künstler, in der folgendes festgestellt wird:

> Niederwerfung des Faschismus, Verteidigung des Achtstundentages und der anderen Grundrechte der Arbeiterklasse, Schutz der Republik und ihrer Verfassung gegen jeden Angriff der Reaktion und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterklasse. Dieser Kampf ist mit allen geeigneten Mitteln zu führen.

„Mit allen geeigneten Mitteln", also nicht mit allen gesetzlichen, d. h. auch Kampf mit den Mitteln der Gewalttätigkeit, Arm in Arm mit den Kommunisten, mit den Terroristen des sächsischen Industriegebietes, wenn der geeignete Moment gekommen ist. Während hinter den Kulissen die Sozialdemokraten den deutschen Bolschewisten auch das letzte Zugeständnis machen, wird vor den Kulissen, auf der Bühne des Parlamentarismus, noch die große Koalitionskomödie gespielt. Ist jetzt Schluß der Komödie?

Einen Versuch, diese Tatbestände zu entschleiern, stellt auch ein Aufsatz des Abg. Dittmann dar, der einem Bericht über seine mit Wels durchgeführte Mission in Dresden die etwas merkwürdige Ueberschrift „Die Wahrheit über Sachsen" gibt. Er versucht, zu beweisen, daß die sächsischen Sozialdemokraten schon vor dem Eingreifen der Reichswehr und der Reichsregierung entschlossen waren, sich von den Kommunisten zu lösen. Es ist für die tatsächliche Lage aber ganz unerheblich, ob gerade an dem Tage, an dem in Berlin das Eingreifen beschlossen wurde, auch Herr Zeigner sich schon zu dem Entschluß durchgerungen hatte, seine kommunistischen Ministerkollegen zu entlassen. Bei der in diesen Tagen immer wieder zutage getretenen Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie wäre es leichtfertig gewesen, auf Zeignersche Entschlüsse oder Versprechungen hin die Dinge in Sachsen auch nur einen Tag länger noch so laufen zu lassen, wie sie liefen, seit die sächsische Sozialdemokratie unter Zeigner das Bündnis mit den Kommunisten geschlossen hatte. Hier liegt der Kern: Die Sozialdemokraten sind für die zahllosen Terrorakte in Westsachsen mitverantwortlich, denn sie haben sie monatelang mitgeduldet. Die furchtbare Lage des Bürgertums im sächsischen Industriegebiet, die nur durch die Duldung seitens der Sozialdemokratie herbeigeführt werden konnte, erheischte energisches Handeln, ohne auf Zeigner und seine Entschlüsse zu warten. Wie derartige sozialdemokratische Entschlüsse, die der Abg. Dittmann aufzählt und die die Trennung von den Kommunisten angeblich vorbereiten sollten, zu bewerten sind, das zeigt am besten die oben zitierte Mitteilung Künstlers: An der Seite der Kommunisten „mit allen geeigneten Mitteln" gegen rechts; und der „Vorwärts" stößt den Kampfruf mit gleicher Klangreinheit aus.

Dr. R. Jügler.

Das Abkommen mit Krupp unterzeichnet.

Paris, 2. November.

Wie die Morgenblätter berichten, ist das Abkommen zwischen den Kruppwerken und der französischen Ingenieurkommission gestern abend unterzeichnet worden.

An der Unterzeichnung beteiligten sich auch die Gruben Salzer, Neuach, Hannover, Hannibal, Helene und Amalie. Von Seiten der Firma Krupp unterzeichneten die Direktoren Serge und Förster, die Mitglieder des Aufsichtsrats sind, sowie der Professor Goerens und der Bergassessor Cungst. Die Arbeit werde in den gleichen Bergwerken bereits heute in möglichst großem Umfang wieder aufgenommen und auch weiterhin intensiv beschleunigt werden.

Die Verhandlungen der Zechenbesitzer mit Frankreich.

TU Bielefeld, 2. November.

Die Reichsregierung beriet gestern abend am Krankenbett des Kanzlers über die Verhandlungen, die von Hugo Stinnes und verschiedenen anderen Vertretern des Bergbaulichen Vereins mit den Franzosen geführt wurden. Die Besprechungen sind soweit gediehen, daß man mit dem Abschluß eines Abkommens rechnen kann, nachdem etwa 20 Prozent der von den Franzosen für die Zeit vom 20. Januar bis jetzt verlangten Kohlensteuern gezahlt werden sollen. Dies würde einen Betrag von 15 Millionen Dollar ausmachen, wovon 10 Prozent zu zahlen sind. Gesellschaften, welche derartig große Beträge aufzubringen nicht imstande sind, können in Kohle zahlen. Von den neuerdings geforderten Kohlen sind 10 Francs auf die Tonne in wertbeständigem deutschen Gelde zu zahlen. Die Reparationslieferung wird auf 16 bis 18 Prozent der abgesetzten Kohle begrenzt. Wenn die Förderung von 1921 erreicht ist, brauchen jedoch nur 16 Prozent geleistet werden. Die Reparationskohle für Italien ist dabei nicht berücksichtigt. Soweit die geforderten rückständigen 10 Prozent Kohlensteuern bezahlt sind, wird den Zechen die Förderung und der Absatz der Kohle vollständig frei gegeben. Weiter wurde in dem Abkommen auch die Frage des Abtransports der Reparationskohle nach Frankreich und Belgien berücksichtigt. Am 1. November wird dieses Abkommen in Unna der Zechenbesitzerversammlung vorgelegt werden. Die Ratifizierung des Abkommens durch diese Versammlung wird von der Stellungnahme abhängen, die die Reichsregierung bezüglich einer Unterstützung der Industriellen bei der Aufbringung der aus dem Abkommen mit Frankreich für den westfälischen Bergbau entstehenden ungeheuren finanziellen Lasten einnehmen wird.

Die Reichsregierung hat ein Weißbuch über den Notenwechsel der Alliierten am Anschluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni 1923 herausgegeben. Das Weißbuch umfaßt 96 Schriftstücke, die in der angegebenen Zeit von den verschiedenen Ententemächten an die Reichsregierung gerichtet worden sind.

*

Die Athener Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß General Metaxas sich nach Italien geflüchtet hat.

Die Einladung an Amerika.

London, 1. November.

Reuter erfährt: Die britische Regierung hat in Paris, Brüssel und Rom drei gleichlautende Noten überreichen lassen, die den Entwurf einer Note an Amerika enthalten, worin dies eingeladen wird, Sachverständige für einen Ausschuß zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu entsenden.

Wie Reuter weiter erfährt, haben über den geplanten Sachverständigenausschuß zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands weitere Verhandlungen zwischen der Washingtoner Regierung und den Vertretern der alliierten Nationen stattgefunden.

Reuter meldet aus Washington, die Ernennung amerikanischer Mitglieder für den Untersuchungsausschuß für die Reparationstage ist noch nicht in Erwägung gezogen worden, aber es herrscht der Eindruck, daß die Regierung möglicherweise drei Mitglieder verlangen wird. Bei der Auswahl soll es verschiedenen Interessen Rechnung getragen werden. Gleichzeitig soll die Wahl in der Weise erfolgen, daß keine Besorgnis wegen einer Verwirklichung Amerikas in Angelegenheiten des Völkerbundes zu bestehen braucht.

Der Wunsch Poincarés, den Spielraum der vorgeschlagenen Reparationskonferenz zu beschränken, habe in amtlichen amerikanischen Kreisen Unruhe hervorgerufen. Solche Beschränkungen seien nicht in Uebereinstimmung mit den Anregungen des Staatssekretärs Hughes. Die Verhandlungen würden aufs Spiel gesetzt, wenn Frankreich sich bemühe, eine vollständige Untersuchung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verhindern.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, man sei in britischen Kreisen der Ansicht, daß Poincarés Ersuchen, das Wort „augenblickliche" vor die Worte „Zahlungsfähigkeit Deutschlands" zu setzen, nach der Auffassung britischer Kreise von Bedeutung sei. Dieses Ersuchen werde von dem britischen Ministerium erwogen, da es nicht nur eine Beschränkung des Umfanges der geplanten Untersuchung bedeuten würde, sondern auch gelesen werden müsse in Verbindung mit Bemerkungen Poincarés in seiner Septembernote, daß Deutschlands Zahlungsunfähigkeit augenblicklich so gut wie null sei.

*

EE Paris, 2. November.

Nach dem „New York Herald" steht die Kandidatur des Schatzsekretärs Mellon als amerikanischer Vertreter für die Sachverständigenkonferenz im Vordergrunde.

Die Zustimmung Italiens.

eca Rom, 2. November.

Die italienische Regierung wird, in Uebereinstimmung mit ihrer früheren Antwort, die sich für eine Teilnahme Amerikas ausspricht und von der Staatssekretär Hughes im voraus unterrichtet worden ist, den englischen Vorplan einer gemeinsamen Einladung der Alliierten an die Vereinigten Staaten unterstützen. Sie wird von diesem Beschluß den italienischen Botschafter in Washington in Kenntnis setzen.

Prüfung der deutschen Auslandsguthaben?

EE Paris, 2. November.

Wie der „Petit Parisien" aus London meldet, ist man dort überzeugt, daß die Vereinigten Staaten innerhalb von Tagen ihren Vertreter für die Sachverständigen-Konferenz ernennen würden. Die Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit werde sich übrigens nicht auf Berlin und die übrigen deutschen Städte beschränken, sondern man werde auch in Paris, London, Rom, Madrid und anderen großen Auslandsstädten, in denen deutsche Devisenguthaben vorhanden seien, Nachprüfungen veranlassen.

Vor einer neuen Baldwin-Rede.

TU Paris, 1. November.

Der Londoner Korrespondent des „Journal" teilt mit, daß Stanley Baldwin am nächsten Freitag in Manchester eine Rede halten wird.

London, 2. November.

„Times" berichtet, daß Premierminister Baldwin in seiner Rede auf dem Lord Major-Bankett nächsten Freitag in der Hauptsache auswärtige Angelegenheiten behandeln werde.

Vorläufig keine Rückkehr des Kronprinzen.

Einige Blätter bringen Mitteilungen über die angebliche Rückkehr des deutschen Kronprinzen nach Deutschland. Nach unserer Kenntnis der Dinge ist schon vor einigen Wochen im Kabinett der Wunsch des Kronprinzen, nach Deutschland zurückzukehren, zur Sprache gekommen. Damals bestand im Kabinett Einmütigkeit darüber, daß Einwendungen nicht zu erheben wären, zumal sich der Kronprinz, wie aus seinen Aeußerungen hervorgehe, sich auf den Boden der Tatsachen stelle. Im Augenblick liegt aber kein Anlaß zu der Annahme vor, daß die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland unmittelbar bevorstehe. Im übrigen halten wir den Wunsch des Kronprinzen, aus der bedrückenden Einsamkeit seines Exils wieder ins Vaterland zurückzukehren, für menschlich durchaus verständlich und begreiflich.

— Der Umrechnungssatz für die Reichssteuern am 3. November 1923 beträgt 76 Milliarden.

— Die Umrechnungszahl für den Lebensmitteleinzelhandel beträgt 76,2 Milliarden und ist gültig vom 2. November mittags bis 3. November mittags.

Wohin steuern wir?

Von
Walther Funk.

Gestern abend hat in der „Berliner Börsen-Zeitung" der bekannte Braunkohlen-Industrielle Generaldirektor Dr. h. c. Konrad Piatscheck ein Wirtschaftsprogramm entwickelt, das in all der Not und Verwirrung unserer Tage wie ein Rettungsanker wirkt, der dem Volk in der höchsten Gefahr zugeworfen wird. Das, was Dr. Piatscheck über „Deutschlands Not und Rettung" sagt, verdient, auf allen Straßen gepredigt, in allen deutschen Landen verkündet, in die Gehirne der Massen gehämmert zu werden, damit das deutsche Volk endlich erkennt, wer es in das Elend geführt hat und von wo allein die Rettung kommen kann. „Der Wirtschaftsführer", sagt Generaldirektor Piatscheck, „der in unsagbar mühevoller Arbeit in Jahrzehnten Industrien aufgebaut hat und dabei die Naturgesetze der Wirtschaft — manchmal auch recht bitter am eigenen Leibe — kennen gelernt hat, hat seit 1918 mit ansehen müssen, wie Fanatiker oder Menschheitsbeglücker Arm in Arm mit politischem Parteiklüngel, immer wieder souverän mit der Wirtschaft herumexperimentiert haben, ohne Rücksicht darauf, was aus dem von ihnen bewirtschafteten Objekt wurde. Man hat sich wirklich ernstlich eingebildet, in einem durch den Krieg geschwächten, verkleinerten, mit Reparationen belasteten, durch eine Mammutbürgerorganisation fast erdrückten Deutschland mit weniger Arbeit alle hungrigen Mäuler stopfen zu können. Die unerbittlichen Gesetze der Wirtschaft lassen sich aber nicht überlisten oder umbiegen. An ihnen muß solcher Wahnwitz zerschellen, wenn auch mancher Gewerkschaftsführer 1918 selbstbewußt meinte, er würde die Wirtschaft nach seinen Theorien zwingen können."

In einigen Tagen sind genau fünf Jahre seit jenem in der Geschichte des deutschen Volkes unrühmlichsten Gedenktage verflossen, an dem die systematische Zerstörung der deutschen Volkskräfte und der höchstentwickeltsten nationalen Wirtschaft des Erdballs mit Erfolg begonnen wurde. Fünf Jahre lang hat das deutsche Volk die Herrschaft der Doktrinäre und Parteibonzen, die Herrschaft der Destruktivität und des Undeutschen mit einer Langmut ertragen, die das Bewundernswerteste an dem Geschehen dieses unrühmlichen Zeitraumes gewesen ist. Heute sind die Dinge soweit gediehen, daß der größte Teil des Volkes endlich die Ursache seines Elends zu erkennen beginnt. Noch versucht die Parteibureaukratie eine letzte Kraftanstrengung, um die Massen in ihrem Bann zu halten. Aber immer mehr fallen die Schuppen von den Augen der Verblendeten, denen ihre im weichen Fauteuille und am gutgedeckten Frühstückstisch sitzenden Parteiführer auch heute noch vorgaukeln möchten, daß mit dem Kampf gegen Geldschränke und Magazine die Rettung des deutschen Volkes aus dem Elend möglich sei. Die Wirtschaftspolitik, die die Faulheit und Dummheit prämiierte, die den Staat zum Betrüger und Räuber machte, hat es dahin gebracht, daß die Geldschränke leer und die Magazine verödet sind. Durch die unselige Inflationswirtschaft gelang es, die Substanz zum Produktionsmittel zu machen und dem Staate schier unbegrenzte Geldschöpfungsmöglichkeiten zu verschaffen, so daß schließlich das ganze Volk auf Kosten des Staates, richtiger also der Substanz lebte. So schmolz das Volksvermögen infolge des Mißverhältnisses von Konsumtion und Produktion allmählich dahin. Heute stehen die Fabriken still, der Export hat aufgehört, das gesetzliche